

**Universität Duisburg-Essen
Gleichstellungsbüro**

Abschlussbericht der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten aus der Gruppe der Studierenden

**Amtsinhaberin: Leonie Holtmann
Berichtszeitraum: 01. Dezember 2015 – 13. April 2017**

Bamberg, den 18.04.2017

Im Rahmen des Amtes der stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten aus der Gruppe der Studierenden, konzentrierte sich meine Arbeit inhaltlich auf die Mitarbeit in den studentischen Gremien der Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (BuKoF) und der Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätskliniken des Landes Nordrhein-Westfalen (LaKoF NRW). In diesem Zusammenhang führte ich im Berichtszeitraum die Funktion der gewählten Sprecherin der Kommission für „Studentische Angelegenheiten“ (KostA), der LaKoF NRW, aus und arbeitete im Sprecher_innengremium der LaKoF NRW mit. Mit meiner Stellvertreterin, Anna Efremowa, (Universität Bielefeld), fand ein enger Austausch statt. Die Kommission für studentische Angelegenheiten umfasste drei weitere, feste Mitglieder. Im Berichtszeitraum gab es mit der Kommission im zweiwöchentlichen Turnus koordinatorische Video-Konferenzen, an denen ich regelmäßig teilnahm. Außerdem traf sich die KostA NRW in Kooperation mit der KostA BuKoF im Berichtszeitraum zu vier Kommissionstreffen (TU Dortmund, Uni Siegen, Uni Bielefeld, Uni Duisburg-Essen). An den Vorbereitungen der Treffen und den Arbeitstreffen selbst, nahm ich teil.

Erarbeitung einer bundesweiten Kommunikationsstruktur der Student_innen in Gleichstellungsbüros und Stellungnahme zur LGG-Novellierung

Die inhaltlichen Aktivitäten der Kommission und die Projekte, an denen ich aktiv mitwirkte, waren im Berichtszeitraum die Neugestaltung der Homepage und die Ausarbeitung einer virtuellen, internen Kommunikationsstruktur und Dokumentenverwaltung. Außerdem die Formulierung einer Stellungnahme zur Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) in NRW. Die inhaltlichen Vorschläge für den Gesetzesentwurf betrafen dabei die Ausweitung der Zuständigkeit der Gleichstellungsbeauftragten auf Schüler_innen und Studierende, eine explizite Nennung von studentischen Mitarbeiter_innen und Studierenden im Geltungsbereich des Gesetzes, sowie eine Regelung zur Erstellung und Fortschreibung von Frauenförderplänen für alle Mitglieder der Hochschule, unabhängig von Anstellung oder Statusgruppe.

Stellungnahme zur Novellierung des Mutterschutzgesetzes

Desweiteren arbeitete ich an der Formulierung eines gemeinsamen Arbeitspapiers zur Novellierung des Mutterschutzgesetzes mit. Dies geschah im Auftrag des BuKof-Vorstands, der eine Stellungnahme zu dem Referentenentwurf der Mutterschutznoviellierung verfasste. In dem Arbeitspapier wurde die Mutterschutznovellierung, die eine Ausweitung auf Schüler_innen und Student_innen vorsieht, begrüßt. Kritisiert wurden die Regelungen zu einer Befreiung von der Schutzfrist, wenn Student_innen entscheiden vor Ablauf der Schutzfrist ihr Studium wieder aufzunehmen, die mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand und ärztlichen Untersuchungen verbunden sein sollten. Weitere Kritikpunkte ergaben sich aus der Frage nach einer studentischen Vertretung. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) plante einen Ausschuss mit verschiedenen Vertreter_innen aus der Politik und Wissenschaft zu errichten, um praxisgerechte Regeln zur Umsetzung der Mutterschutzbestimmungen zu erarbeiten. Die KostA kritisierte, dass keine studentische Vertreterin als festes Mitglied in dem Ausschuss vorgesehen war.

Kritik an Familienserviceangeboten: Dortmund am 20.02.2016

Am 20.02.2016 habe ich mit der KostA an der Fachhochschule in Dortmund getagt. Thematisch wurde unter anderem die Kritik an einigen Familienservice-Angebote der Hochschulen NRWs aufgegriffen. Dabei identifizierte die KostA zwei Missstände an einigen Hochschulen. Zum einen, dass Studierende aus dem Beratungs- und Serviceangebot der Familieneinrichtungen/-büros der Hochschulen ausgeschlossen werden und zum anderen, dass studentische Hilfskräfte für diese Serviceleistungen eingesetzt werden, obwohl diese meist nicht qualifiziert genug sind. Die KostA und ich haben einen entsprechenden Antrag formuliert und auf der LaKof-Mitgliederversammlung am 10.03.2016 eingereicht und dazu aufgefordert, dass sowohl die Gleichstellungsbeauftragten als auch die Hochschulleitungen diesen Missständen entgegenwirken. Der konkrete Anlass hat in der KostA eine Diskussion um die generelle Stellung der studentischen Vertreter_innen in den Gleichstellungseinrichtungen an Hochschulen entfacht. Um strukturelle Probleme zu untersuchen und Lösungsansätze zu entwickeln, hat die KostA eine bundesweite Umfrage an Hochschulen zur Thematik durchgeführt. Dabei habe ich die Entwicklung des Fragebogens übernommen und war maßgeblich an der Auswertung der Ergebnisse und der visuellen Aufbereitung letzterer beteiligt.

Umfrage zur studentischen Mitbestimmung

Seit September 2014 können nach dem Hochschulzukunftsgesetz Student_innen als Stellvertreter_innen der Gleichstellungsbeauftragten gewählt werden. Die KostA hat im Rahmen einer Umfrage recherchiert, wie damit an den Hochschulen verfahren wird. Die Auswertung der Ergebnisse wurde in einem Workshop auf der BuKof Jahrestagung 2016 zum Thema „Studentische

Gleichstellungsarbeit und ihre Nachhaltigkeit: Eine Frage von Ressourcen?“ vorgestellt. Die Ergebnisse der Umfrage habe ich dem Gleichstellungsbüro Duisburg-Essen zur Verfügung gestellt. Den Fragebogen der Umfrage habe ich erstellt. Die Auswertung und Aufbereitung geschah in Gruppenarbeit zu dritt.

Workshop auf der BuKof Jahrestagung zur Nachhaltigkeit der studentischen Gleichstellungsarbeit

Auf Grundlage der Umfrage habe ich zusammen mit der Sprecherin der KostA BukoF, Anna Efremowa, einen Workshop vorbereitet, den wir auf der Jahrestagung 2016 der BukoF in Freiburg abgehalten haben. Der Workshop hat die Schwierigkeiten der unterschiedlichen materiellen und rechtlichen Ressourcenausstattung der studentischen Vertreter_innen, in den Gleichstellungseinrichtungen an Hochschulen thematisiert und die Folgen für die Nachhaltigkeit der studentischen Arbeit aufgezeigt. Dabei haben wir eine Angleichung der Kompetenzen, Stellung und Besetzungsverfahren für die Position der studentischen Gleichstellungsbeauftragten bundesweit gefordert. Diese Forderung wurde an den Bukof-Vorstand weitergetragen und auch auf der Jahrestagung thematisiert. Mit dem Vorstand wurde die Vereinbarung getroffen, gemeinsam an einer Lösung des Problems zu arbeiten. Hierzu soll im Herbst 2017 ein Arbeitstreffen zwischen Vertreter_innen der KostA und einem Mitglied des Vorstands stattfinden. Die inhaltliche Vorbereitung des Arbeitstreffens wurde während einer dafür einberufenen Kommissionssitzung der KostA Lakof, im vergangenen März, an der Universität Duisburg-Essen in die Wege geleitet. Die Koordination, Vorbereitung und Durchführung des Kommissionstreffens habe ich übernommen. Freundlicherweise hat das autonome Frauenreferat der Universität Duisburg-Essen für das Treffen, ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Abschluss der #uni_Sex-Kampagne und (kapazitäre) Erschwernisse innerhalb der KostA Arbeit

Bis April 2016 hatte die #uni_Sex-Kampagne die Kommissionsarbeit stark in Anspruch genommen. Es musste aber konstatiert werden, dass die angestrebten Fortschritte nicht eingetreten sind. Vielmehr erwies sich der Aufwand des Projektes als zu groß für die Aktiven in der KostA, die in ihrer Stundenzahl eingeschränkt sind und auch die Aufgaben an den eigenen Hochschulen wahrnehmen wollen. Als Fazit folgte daraus zunächst, dass bei zukünftigen Projekten mehr darauf geachtet werden muss, wie die Schwerpunkte kapazitär festgelegt werden. Es wurde dabei auch deutlich, dass nur durch mehr aktiv beteiligte Personen in der KostA eine strategisch sinnvolle Arbeit in der Kommission wirklich möglich ist. Daher habe ich in Zusammenarbeit mit der KostA für ein Vernetzungstreffen am 16.07.2016, in Siegen, breit mobilisiert. Auch die direkte Ansprache

von studentischen Gleichstellungsbeauftragten und Mitarbeiter_innen in den Gleichstellungsbüros war teil der Mobilisierung.

Mitgliederakquise und Maßnahmen zur Förderung einer breiteren Vernetzung der KostA

Am 16.07.2016 traf ich mich mit der KostA Lakof NRW an der Universität Siegen, zu einer offenen Tagung. Ziel des Treffens war neben einer besseren Vernetzung, eine Mitgliederakquise, was erfolgreich umgesetzt wurde. Neben einem Kennenlernen neuer studentischer Gleichstellungsakteur_innen und einem Austausch über hochschulinterne und studentische Gleichstellungsprojekte, erfolgte eine inhaltliche Planung der zukünftigen Zusammenarbeit. Neue Kontakte konnten geknüpft werden und Interessierte in die Kommunikationsstruktur der KostA integriert werden. In einer gemeinsamen Gruppenarbeit wurden Perspektiven für zukünftige Projekte gesammelt. Es zeigte sich, dass ein gemeinsames Problembewusstsein bezüglich der Stellung und Interessenvertretung von Trans- und Intersexuellen Personen, in der gleichstellungsbezogenen Hochschulpolitik, herrscht. Daran angeknüpft wurde eine KostA-interne Arbeitsgruppe für die Planung eines Workshops zum Thema Trans*Inter, auf der Jahrestagung 2016 der BukoF, in Freiburg, gegründet. In der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Workshops habe ich maßgeblich und aktiv mitgewirkt. Den Workshop auf der BukoF-Jahrestagung habe ich durchgeführt und moderiert.

Abbau von Diskriminierung von Trans*personen an Hochschulen: zweiter Workshop während der BukoF-Jahrestagung 2016

Der Workshop zum Abbau von Diskriminierung von Trans*personen an Hochschulen wurde im Programm der BukoF-Jahrestagung unter dem Titel „Interessiertentreffen Trans*“ angekündigt. An dem Workshop nahmen ca. 20-25 Personen teil. In dem Treffen wurde darüber diskutiert, ob Gleichstellungsakteur_innen für die Belange von Trans*personen zuständig sind und ob sie einen Beitrag dazu leisten können, transphobe Strukturen an Hochschulen abzubauen. Es gab einen Bericht zu den aktuellen politischen Aktivitäten der Landeskongress Niedersächsischer Hochschulfrauenbeauftragter (LNHF), mit dem Bestreben, den Ergänzungsausweis an Hochschulen anerkennen zu lassen. Dies hatte vorab auch innerhalb der BukoF eine Diskussion über den Diskriminierungsschutz von Trans*personen an Hochschulen ausgelöst. Der BukoF-Vorstand hat anknüpfend daran bereits im Vorfeld eine Umfrage gemacht, welche Maßnahmen bundesweit an den Hochschulen eingesetzt werden, um die Diskriminierung von Trans*personen abzubauen. Die Ergebnisse wurden dem mittlerweile erweiterten Vorstand vorgestellt und sollen ausgewertet werden. Die Teilnehmenden des Interessiertentreffens äußerten zudem den Wunsch, sich innerhalb der BukoF zu organisieren und damit eine Zusammenarbeit im Hinblick auf ein gemeinsames bundespolitisches

Agieren kontinuierlich zu vertiefen. Bei der Jahrestagung in Freiburg fand zudem zum zweiten Mal der Workshop „Homophobie und Heteronormativität am Arbeitsplatz Hochschule“ statt. Auch in diesem Kontext kristallisierte sich das Vorhaben heraus, Arbeitsstrukturen weiter auszubauen. Unter dem Arbeitskürzel LSBTIQ* sollen nun beide Stränge innerhalb einer Arbeitsgruppe der Bukof zusammenfließen. Am 5. Mai 2017 wird von 11:00 – 16:00 Uhr, an der Universität Bremen, eine konstituierende Sitzung der neuen Bukof-AG LSBTIQ* stattfinden. Beim ersten Treffen wird es darum gehen, die verschiedenen Themen zu sondieren und zu überlegen, welche Schwerpunkte wie bearbeitet werden können und dabei die offenen Anliegen einbezogen werden können, die sich aus den Vorläufer-Treffen ergeben haben.

Protestaktion mit Trans_inter*Schwubile und autonomen Frauenreferat zur Kürzung des Haushalts

Der neue AStA hat nach Amtseinführung den Haushalt des Trans_inter*Schwubile-Referats und des autonomen Frauenreferats empfindlich gekürzt. Im Februar habe ich mich an einer Protestaktion der Referate beteiligt. Mit einem Informationsstand vor der Mensa haben wir auf die Haushaltskürzung aufmerksam gemacht. Es wurden Flyer mit einer Stellungnahme, sowie Kakao und Zuckerwatte verteilt.

Mitarbeit in der Arbeitsgruppe des Senats zur Erneuerung der Rahmenprüfungsordnung

Seit Gründung der Arbeitsgruppe Rahmenprüfungsordnung, beteiligte ich mich an der Mitarbeit. Dabei stand ich in engem Austausch mit den studentischen Vertreterinnen in der AG und half mit, Argumentationen vorzubereiten und schriftlich auszuformulieren, sowie Recherchen zu betreiben. Einmal nahm ich an einem Treffen der Arbeitsgruppe persönlich teil. Kritikpunkte formulierte ich bezüglich der diskutierten Einschränkungen bei der Verlängerung der Bearbeitungszeit der Bachelorarbeit, trotz Krankheit oder bei Studierenden in besonderen Situationen. Nach dem ich verschiedene Rahmenprüfungsordnungen und Musterprüfungsordnungen anderer Universitäten in NRW verglichen habe und mir auch telefonsichen Rat anderer Universitäten eingeholt habe, halte ich eine pauschale Begrenzung der Verlängerungszeit für unangemessen und potenziell diskriminierend. Eine Zusammenfassung der Recherche habe ich im Rahmen einer Beratung den studentischen Vertreterinnen der AG RPO zukommen lassen.

Zusammenarbeit dem autonomen Frauenreferat

Während meiner Amtszeit habe ich sehr gut mit dem autonomen Frauenreferat zusammengearbeitet. Inhaltlich ging es in der Regel um einen Erfahrungsaustausch, organisatorische Absprachen, gemeinsame Beratung von Student_innen, thematische Abstimmung und Vernetzung und Austausch

mit der Basis, zum Beispiel im Rahmen des Frühstücks des autonomen Frauenreferats, oder beim Frauenplenum, das leider derzeit nicht mehr stattfindet.

Beratung von Studierenden

Die Nachfrage von Studierenden nach einer Beratung war im Berichtszeitraum eher niedrig. Insgesamt kam es zu drei Beratungsfällen, bei denen ich Erstansprecherin war und die Studierenden an die anderen Stellvertreterinnen oder entsprechende Beratungsstellen der Universität weitervermittelt habe.

Austausch mit dem studentischen Mitglied der Arbeitsgruppe des Senats zur Erneuerung der Wahlverfahren zur GLB

Mit dem studentischen Mitglied der AG zur Wahlordnung, habe ich mich über Vor- und Nachteile und mögliche Perspektiven der Erneuerung des Wahlverfahrens der Gleichstellungsbeauftragten aus der Gruppe der Studierenden ausgetauscht. Als problematisch hat sich die Komplexität des Wahlverfahrens herausgestellt, sowie die Abhängigkeit der Wahl von verschiedenen studentischen Gremien. Aus Gründen der Vereinfachung und Gleichstellung habe ich für eine Angleichung des Wahlverfahrens der Stellvertretenden GLB aus der Gruppe der Studierenden mit den anderen Vertreter_innen, plädiert. Ebenso für eine Angleichung der Amtsdauer der studentischen Stellvertreterin, aus organisatorischen Gründen der Wahl.